

Siegfried Heimann

Die DGB-Konferenz zur Geschichte der Gewerkschaften – Ein kritischer Bericht

Die anhaltende, allerdings kaum in der Öffentlichkeit geführte Diskussion um den Ende 1979 veröffentlichten Entwurf eines neuen DGB-Grundsatzprogramms läßt auch einen verspäteten Rückblick auf die „Wissenschaftliche Konferenz zur Geschichte der Gewerkschaften“, die der DGB Mitte Oktober 1979 veranstaltete, noch aktuell erscheinen. In vielen Referaten und besonders in den Diskussionen spielte der Programmentwurf eine Rolle, die Presse allerdings, auch die gewerkschaftsnahe, ging darauf kaum ein, da die tagespolitische Aktualität in den Einschätzungen zunächst einmal wichtiger schien.

Zu diesem, von der Tagespolitik bestimmten Ablauf der Konferenz daher nur ein paar kurze Anmerkungen:

1. Die Aufmerksamkeit der anwesenden Gewerkschafter galt am ersten Tag vor allem dem Einführungsreferat von Heinz O. Vetter. Lang anhaltender Beifall begleiteten die Passagen von Veters Rede, in denen er denjenigen einen „demagogischen Geschichtsfälscher und (einen) gefährlichen Politiker“ nannte, „wer den Sozialismus in die Nähe des Nationalsozialismus rückt“. Die Verunsicherung durch den Besuch Veters bei Strauß und die Kritik daran war noch in allen Diskussionen zu spüren, und so waren denn auch diese Passagen gedacht, dieser Verunsicherung beruhigend entgegenzuwirken und der Kritik – mit Erfolg – die Spitze zu nehmen.

2. Die anwesenden Gewerkschafter aus der CDU und der CSU, allen voran Norbert Blüm, waren unverhohlen und mit beachtlichem Geschick bestrebt, die Emte einzufahren, die dem Gerede über die Unterwanderung der Gewerkschaften und über eine eventuelle CSU-eigene Gewerkschaftsgründung entsprossen war: Sie wurden nie müde, sich ständig zur Einheitsgewerkschaft zu bekennen, aber natürlich müsse dann auch den christlichen Gewerkschaftern viel mehr Raum zur Entfaltung gewährt werden. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Entlassung der ran-Redaktion noch mehr politisches Gewicht, gibt sie doch Auskunft darüber, wie dieser erweiterte Spielraum bereits genutzt wurde.

3. Allgemein wurde in der Presse festgehalten bzw. beklagt, daß das erwartete „Schlachtfest“ an Deppe u.a. nicht stattgefunden hat. Das lag sicherlich nicht allein daran, daß Deppe und besonders Fülberth sehr moderat und defensiv argumentierten und den „politischen Schlagabtausch“ aus verständlichen Gründen nicht suchten. Vielmehr wurden ein bis zwei Polemiken gegen Deppe auch von den meisten Zuhörern als so peinlich empfunden, daß z. B. Hans Hermann Hartwich aus Hamburg die Anwesenden ausdrücklich aufforderte, von der Polemik weg zur politischen und wissenschaftlichen Diskussion zu kommen.

Nun zu einigen inhaltlichen Problemen der Konferenz, die ja weitgehend eher eine Tagung von Wissenschaftlern über die Gewerkschaften war als mit den Gewerkschaften. Nur wenige Gewerkschafter meldeten sich in den Diskussionen zu Wort und dann auch noch weniger, um mitzudiskutieren als um – wie z. B. Frister oder Kluncker – quasi-offiziös „richtigzustellen“ oder „zurückzuweisen“. Bei den meisten Stellungnahmen von Gewerkschaftern überraschte dabei besonders die Verdrängung der eigenen Geschichte. So kam es zu erregten Zwischenrufen, als der Essener Historiker Lutz Niethammer daran erinnerte, daß bei den zwischen 1943 und 1947 in ganz Westeuropa parallel auftretenden Tendenzen zur Einheitsgewerkschaft der Begriff „Einheitsgewerkschaft in erster Linie die Einheit von Sozialisten und Kommunisten bedeutet“ habe. Auch die übrigen Thesen Niethammers, der zum Thema „Entscheidung für den Westen – Die Gewerkschaften im Nachkriegsdeutschland“ sprach, stießen in der Diskussion auf – allerdings wenig überzeugenden – Widerspruch. Auch hier war meist die fehlende Information über die historische Entwicklung die Ursache für die oft lautstarke Kritik. Deshalb soll im folgenden die Einschätzung Niethammers kurz referiert werden:

Angesichts der einhelligen Meinung der aktiven Gewerkschafter im Jahre 1945, daß „j irgendeine Form von Sozialismus auf der Tagesordnung“ stünde, mußte die positive Reaktion des Führers der Gewerkschaften Hans Böckler auf den Marshall-Plan überraschen, da auch ihm klar sein mußte, daß mit diesem Plan „die wirtschaftsdemokratischen Reformforderungen der Gewerkschaften auf unabsehbare Zeit“ vertagt würden. Niethammer erklärte diese Entscheidung mit der offenbaren Schwäche der deutschen Arbeiterbewegung. Die kapitalistische Entwicklung in den drei Westzonen konnte, nachdem die westlichen Besatzungsmächte auch die bescheidensten Versuche einer sozialistischen Veränderung der Nachkriegsgesellschaft administrativ verhindert hatten, von den Gewerkschaften nicht mehr infrage gestellt werden. Es blieb nur die Möglichkeit, durch eine schnelle Entscheidung für den Marshall-Plan und später für die Westintegration, wie sie mit dem Schumann-Plan intendiert war, taktische Vorteile etwa bei der Organisation der Gewerkschaften auf Zonenebene zu gewinnen. Freilich machten sich die westdeutschen Gewerkschaften in dieser Phase weit mehr als die SPD zum „Schrittmacher der Anpassung an die neuen Rahmenbedingungen“. Der Gedanke der Einheitsgewerkschaft erhielt eine neue Gewichtung zugunsten der „problematischeren Tradition der defensiven Integrationsbemühungen von sozialdemokratischer und katholischer Arbeiterbewegung von 1932/33“, eine Gewichtung, wie sie bis heute prägend ist. Die in anderen westeuropäischen Ländern zur gleichen Zeit zu verzeichnenden Gewerkschaftsspaltungen ereigneten sich in Nachkriegsdeutschland in der besonderen Form der nationalen Trennung, so daß der DGB in der Bundesrepublik als Einheitsgewerkschaft mit veränderter Gewichtung erhalten bleiben konnte. Der DGB stiftete so schon vor 1953 den sozialen Grundkonsens der Bundesrepublik mit, auf den die SPD erst 1959 endgültig eingeschwenkt ist. Für Niethammer bot die Nachkriegsgeschichte wenig Raum für eine andere Entscheidung der westdeutschen Gewerkschaften, er warnte jedoch davor, die verschiedenen Traditionen der Einheitsgewerkschaft, die u. a. auch die Tradition eines wirtschaftsdemokratischen Sozialismus einschloß, zu leugnen. Mit

seinen Hinweisen auf heute kaum noch wahrgenommene Entwicklungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit wollte Niethammer daher „durch die Erinnerung an alternative Vergangenheiten zukünftige Möglichkeiten offenhalten.“

Auf die „zukünftigen Möglichkeiten“ und „Notwendigkeiten“ der Gewerkschaften gingen die Referate von Hans Hermann Hartwich, Klaus von Beyme (1) und Hans Mommsen, besonders aber die Podiumsdiskussion am Schlußtage ein, an der unter der Leitung von Carola Stern Oskar Negt, Bernt Engelmann, Ralph Dahrendorf, Alfred Grosser, Iring Fetscher, Johannes Groß und Christian Graf Krockow teilnahmen. Alle Referenten und die Mehrheit der Diskussionspartner waren sich in ihrer Sympathie für die Gewerkschaften einig. Umso gewichtiger sollte daher hoffentlich der fast einhellige Appell an die Gewerkschaften sein, den neuen gesellschaftlichen Problemen in Programm und Praxis nicht auszuweichen, sondern sich bestimmend an deren Lösung zu beteiligen. Es wäre grundfalsch – so mehrere Diskussionsredner – die Lohnpolitik gegen andere weiterreichende gesellschaftspolitische Ziele der Gewerkschaften auszuspielen, wie es zuvor von dem als „schulterklopfendem Gewerkschaftsfreund“ auftretenden Johannes Groß, aber auch von Heinz Kluncker versucht worden war. In verschiedener Weise wurde auf einige der „weiterreichenden gesellschaftspolitischen Aufgaben“ der Gewerkschaften eingegangen. Hans Hermann Hartwich wies in seinem Referat über den „Sozialstaat und die Gewerkschaften“ auf die angesichts der absehbaren strukturellen Probleme des heutigen Sozialstaats wachsende Tendenz, diesen Problemen unter dem Schlagwort der „Sozialpflichtigkeit“ mit „antigewerkschaftlichen obrigkeitsstaatlichen“ Lösungsvorschlägen zu Lasten der Autonomie der Gewerkschaften zu Leibe zu gehen. Umso mehr müssen die Gewerkschaften eigene Aktivitäten beim Ausbau des Sozialstaats entwickeln: die „Idee und Praxis kollektivvertraglicher Regelungen“ muß verstärkt genutzt werden, um die „Herausnahme der arbeitenden Menschen aus der Objektsituation insbesondere im ökonomischen und sozialen Bereich“ zu erreichen. Zu lange haben die Gewerkschaften die tarifvertragliche Regelung allein zur Lohnfestsetzung genutzt. Der Lohnrahmentarifvertrag II und der Manteltarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer der Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden aber zeigen, daß die kollektivvertragliche Regelung auch zur Weiterentwicklung des Sozialstaats genutzt werden kann. Da dieser Weg nicht leicht sein wird, muß er von allen Gewerkschaftsmitgliedern mitgegangen werden. Deshalb sollte der DGB die „Idee einer Ausgestaltung des Sozialstaats durch kollektive Maßnahmen“ in seine Programmatik und in sein Handeln mit aufnehmen.

In seinem Vergleich des programmatischen Selbstverständnisses der west- und nordeuropäischen Gewerkschaften forderte Klaus von Beyme den DGB auf, in dem neuen Grundsatzprogramm drei „Irrtümer“ zu vermeiden:

1. Ein Programm soll nicht nur eine „Widerspiegelung der augenblicklichen Mitgliedermeinung“ sein, vielmehr muß es auch „vorwärtsweisende Gedanken“ enthalten.

2. Gewerkschaften müssen „nicht in allen Fragen zurückhaltender sein als die Parteien, mit denen sie bevorzugt zusammenarbeiten“, vielmehr sollten gerade „programmatische Forderungen gelegentlich weiter über das Ziel hinausschießen“ und

3. Gewerkschaften müssen den sozialen Wandel erkennen und in ihrer Programmatik „sich nicht auf Punkte beschränken, die im engeren Sinne arbeitsrechtlicher Natur sind“.

Darüberhinaus unterstrich Klaus von Beyme in der Diskussion noch einmal seine Warnung aus dem Referat vor einer zu großen Orientierung der Gewerkschaften an der Sozialdemokratie. Gerade die auf europäischer Ebene gewünschte Integration erfordere – wie die Problematik der Zusammenarbeit mit der französischen CGT zeige – eine Anerkennung des politischen Pluralismus.

Zu Beginn der Podiumsdiskussion löste der Beitrag von Oskar Negt eine Kontroverse aus, die die gesamte Diskussion des letzten Tages bestimmen sollte. Negt meinte, daß trotz offener Stabilität der Bundesrepublik viele Indizien auf eine beginnende Gesellschaftskrise hinwiesen. Besonders von den Jugendlichen werde der „Sinn der Arbeit“ infragegestellt. Die Gesellschaftskrise erfasse alle Lebenszusammenhänge. Als „Menschenrechts- und Bürgerrechtspartei“ seien die Gewerkschaften verpflichtet, auch auf diese Herausforderungen Antworten zu geben. In einem späteren Beitrag erinnerte Negt daran, daß auch in der Vergangenheit die Gewerkschaften nie bloße Tarifpolitik betrieben hätten. Die Gewerkschaften haben sich sehr aktiv an dem Widerstand gegen die Wiederbewaffnung und gegen die Notstandsgesetze beteiligt und so ein „Stück zivilen Ungehorsams in der Gesellschaft zur Anerkennung gebracht.“ Auch in diesem Zusammenhang warnte Negt die Gewerkschaften davor, den heutigen gesellschaftlichen Protest, wie er sich z. B. in der Antikernkraftbewegung äußere, nicht positiv aufzugreifen und zu integrieren.

Die vor allem von Johannes Groß formulierte Gegenposition, der die Gewerkschaften vor den „inkompetenten Intellektuellen“ glaube in Schutz nehmen zu müssen und die „gesamte Sinndiskussion“ ein „Luxusproblem von Intellektuellen“ nannte, stieß allerdings auf die Kritik der meisten Diskussionsteilnehmer. Bei der Aufzählung von Erfolgen der Gewerkschaften nach 1945 wurde zwar von fast allen Rednern das Lob der Einheitsgewerkschaft gesungen, zugleich aber auch, z. B. von Bernd Engelmann, auf die Gefahr der „gesellschaftspolitischen Neutralität“ hingewiesen: Die unterschiedlichen politischen Positionen müßten sich artikulieren dürfen, ein „Neo-McCarthyismus“, wie er beim Veröffentlichungsverbot der Antikriegsbroschüre der DGB-Jugend zum Ausdruck gekommen sei, sei auf längere Sicht das Ende der Einheitsgewerkschaft.

In der Plenumsdiskussion am letzten Tag griff Hans Mommsen diese Kritik noch einmal auf. Er wies auf die stetig wachsende „demokratiefeindliche Bürokratieverfassung“ hin, die neben dem Grundgesetz und der Sozialverfassung als „3. schleichende Verfassung“ die gesellschaftliche Situation in der Bundesrepublik präge. Der DGB passe sich dieser Tendenz an und verstärke sie sogar. Auch im DGB sei die innerverbandliche Demokratie durch bürokratische Stäbe gefährdet. Es müsse eine Lehre aus der Geschichte sein, gegen den starken Trend zur bürokratischen Verfestigung den Aktionsraum für Minderheiten im DGB zu öffnen, um lebendig zu bleiben.

Neben diesen kurz skizzierten Kritikpunkten gab es natürlich noch weitere, vor allem kritische Empfehlungen an die Gewerkschaften, die hier nicht alle aufge-

zählt werden können. (Ein ausführlicher Bericht über die Konferenz ist erschienen in: IWK Heft 4 (Dezember 1979), S. 614 - 626).

Vetter versprach in seinem Schlußwort, alle Anregungen ernst zu nehmen und mit in die Diskussion um das Grundsatzprogramm einzubeziehen.

Man wird sehen.

Anmerkung:

- 1 Die Referate von H. H. Hartwich und K. v. Beyme sind in leicht veränderter bzw. gekürzter Fassung abgedruckt in: Gewerkschaftliche Monatshefte 3, 1980, S. 158 - 170 und S. 184 - 200. Im selben Heft der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ ist auch ein sehr anregender Aufsatz von Helga Grebing unter dem Titel „Gewerkschaften in der Gesellschaft“ abgedruckt, in dem Helga Grebing ähnlich wie mehrere Redner auf der DGB-Konferenz die Verpflichtung der Gewerkschaften betont, zur Veränderung der Gesellschaft beizutragen, begründet aus einem „aus den klassischen Arbeiterbewegungstraditionen bezogenen Gegenentwurf für eine ‚nachindustrielle‘, fast schon: ‚nachindustriekapitalistische Gesellschaft‘.“ Auch wenn Grebing vor „übertriebenen Anforderungen oder Erwartungen“ mit Recht warnt, besteht sie darauf, „gesellschaftsveränderndes Handeln (der Gewerkschaften!) als historische Möglichkeit und Alternative zu begreifen im Sinne von Rosa Luxemburgs ‚Sozialismus oder Barbarei‘.“ Vgl. ebenda S. 157